

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des

Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Brakel am 19.10.2000 in Brakel, Sitzungssaal der "Alte Waage"

Beginn: **18.00 Uhr**

Ende: **19.35 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bürgermeister Spieker** die Ratsmitglieder:

CDU	Allerkamp, Franz-Herm. Beyermann, Elisabeth Gerdes, Ferdinand Krömeke, Johannes Lohre, Helmut Röben, August Grewe, Ursula Waldeyer, Peter Wulff, Michael	SPD	Aßmann, Peter Kruse, Johannes
		UWG/CWG	Gönnewicht, Erwin Wintermeyer, Paul
		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schulte, Meinolf

Von der Verwaltung nehmen teil:	StOAR Hermann Temme StAR Rudolf Schröder <i>bis TOP 3</i> StA Peter Frischemeier StHS Ulrike Kröger
--	--

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer und Zuhörer und **stellt die Beschlussfähigkeit** fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

1. Lokale Agenda 21 in Brakel

Drucksache Nr.: 52

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** stellt die einzelnen Handlungsfelder der Agenda 21 in Brakel mit ihren Themenschwerpunkten vor.

Handlungsfeld 1 – Siedlung, Struktur, Verkehr, Bauen, Wohnen

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, die eingebrachten Vorschläge der Arbeitsgruppe zu den einzelnen Themen zur Beratung an den Bauausschuss zu verweisen.

Handlungsfeld 2 – Jugend, Familie, Lebensgestaltung, Kultur, Bildung

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, das Themenfeld Jugend nicht mehr im lokalen Agenda Prozess zu behandeln. An den Kreis Höxter wird die Empfehlung ausgesprochen, die Thematik im eigenständigen Kreis-Agenda-Prozess aufzunehmen. Danach besteht für Brakel kein Handlungsbedarf mehr. Der Agenda-Beauftragte wird ein entsprechendes Schreiben an den Kreis weiterleiten.

Handlungsfeld 3 – Freizeit, Tourismus, Arbeit, Wirtschaft

Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass das Projekt Rundwanderweg Brakeler Bergland noch in der Planphase steckt und in Kürze ein Ergebnis vorgelegt werden kann. Auf Anfrage des Rats Herrn **Aßmann** erklärt er, dass der Antrag des Rats Herrn Budde vom 11.08.1999 - Ausweisung des Parkplatzes „P9“ am „Bredenweg“ bei den zukünftigen Planungen mit berücksichtigt wird.

Ratsherr **Schulte** erklärt, dass er innerhalb dieses Handlungsfeldes die Themen „Brakeler Kaufhaus“ und „Hansetag 2004“ vermisst. Hinsichtlich des Hansetages macht er auf eine geplante Beteiligung der Schulen aufmerksam.

Bürgermeister **Spieker** ist ebenfalls der Auffassung, dass der „Hansetag 2004“ im Rahmen des Stadtjubiläums in den Agenda Prozess einfließen sollte. Bei der Fortsetzung des Projektes sollte dieses in jedem Fall berücksichtigt werden.

Zu dem Konzept „Brakeler Kaufhaus“ führt StOAR **Temme** aus, dass bereits in der Projektgruppe Runder Tisch „Grüne Wiese – Innenstadt“ eine gemeinsame Werbekampagne unter Zusammenschluss von 27 Unternehmen und einem Gesamtfinanzvolumen von rd. 75.000 DM ausgearbeitet wurde. Es werden insgesamt 24 Werbeanzeigen im Westfalen-Blatt geschaltet.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, dass die erforderlichen Maßnahmen seitens des Fachamtes im kommenden Haushaltsjahr zur Realisierung des Projektes durchgeführt werden, nachdem die erarbeiteten Unterlagen der AG in der Verwaltung vorliegen.

Handlungsfeld 4 – Abfall, Energie, Konsum

Bürgermeister **Spieker** stellt kurz die 11 Punkte der Leitlinien für den Rat der Stadt Brakel vor. Ratsherr **Aßmann** sieht hier die Notwendigkeit einer Vorberatung in den einzelnen Fraktionen, da sich noch einzelne Anregungen ergeben könnten.

Die Leitlinien sind nach Auffassung der Ratsherren **Schulte** und **Wintermeyer** inhaltlich gut ausgearbeitet, doch zur Konkretisierung bedarf es noch einiger Umformulierungen. Ratsherr **Lohre** sieht eine praktische Umsetzung des Punktes 7 (Müllvermeidung) als problematisch an, seines Erachtens sollten hier detailliertere Aussagen getroffen werden.

Bürgermeister **Spieker** führt zum Handlungsfeld 4 weiterhin aus, dass eine Umfrage an den Schulen gegen die sog. „Aludose“ durchgeführt wurde. Bei dieser Aktion konnten rd. 2.000 Unterschriften gesammelt werden, die nun an die Bundestagsabgeordneten des Kreises Höxter zwecks Weiterleitung an das zuständige Ministerium übergeben werden sollten.

Nach einvernehmlicher Erweiterung des Beschlussvorschlages wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, dass die AG die Unterschriftenlisten an die heimischen Bundestagsabgeordneten übergibt zwecks Weiterleitung an das zuständige Ministerium.

Die Leitlinien für den Rat der Stadt Brakel werden zunächst in den einzelnen Fraktionen beraten.

Anschließend diskutiert der Haupt- und Finanzausschuss, inwieweit der Agenda Prozess in den Ortschaften thematisiert werden sollte. Ratsherr **Waldeyer** zeigt Bedenken auf, dass die Wünsche in den Ortschaften zwar vorhanden, doch oftmals nicht durchsetzbar sind. Bürgermeister **Spieker** weist auf die Gefahr hin, den Begriff der Agenda dahingehend falsch zu interpretieren, Wünsche an den Staat zu richten, sondern die Bewußtseinsfrage zu stellen, „was können wir selbst verändern?“.

Bürgermeister **Spieker** empfiehlt, den Beschluss zu fassen, den Bezirksausschüssen zu empfehlen, die Agenda Projekte in den Ortschaften zu fördern.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig bei einer Enthaltung** vor, den Bezirksausschüssen zu empfehlen, die Agendaprojekte in den Ortschaften zu fördern.

2. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 53

Berichterstatter: StOAR Temme und StAR Schröder

StOAR **Temme** weist darauf hin, dass der Entwurf der Verordnung im Sinne einer möglichst kreiseinheitlichen Regelung zunächst auf der Ebene der Ordnungsamtsleiter und anschließend in der Dienstbesprechung des Landrates mit den Bürgermeistern beraten und empfohlen wurde.

Die Anfragen der Ratsherren **Kruse, Schulte, Wintermeyer, Gönnewicht, Aßmann, Allerkamp** und **Wulff** zu den Themen „Rückschnitt von Hecken pp. auf Eckgrundstücken“, „Alkoholverbot in öffentlichen Anlagen“, „wildes Plakatieren“, „Verunreinigungen der öffentlichen Anlagen durch Tiere“, „Beförderung von Gülle an Samstagen“, „Abstellen von Pferdetransportern auf öffentlichen Parkplätzen“ und „die unrechtmäßige Nutzung der Schutzhütten“ werden von StAR Schröder beantwortet.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Brakel wird beschlossen.

3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Brakel vom 12.12.1997

⇒ Einführung einer erhöhten Hundesteuer für „Kampfhunde“

Drucksache Nr.: 54

Berichterstatter: StOAR Temme

StOAR **Temme** stellt kurz die Problematik der Einführung einer erhöhten Hundesteuer für „Kampfhunde“ dar und zeigt auf, dass das Bundesverwaltungsgericht eindeutig entschieden hat, dass grundsätzlich eine erhöhte „Kampfhundesteuer“ erhoben werden kann.

Ratsherr **Schulte** weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits mit Antrag vom 12.12.1997 eine Erhöhung dieser Steuer gefordert hat und dieser seinerzeit abgelehnt wurde. Bürgermeister **Spieker** sieht jedoch erst jetzt Handlungsbedarf, da die entsprechenden rechtlichen Grundlagen auf Landesebene geschaffen wurden, um den Kommunen einen gewissen Handlungsspielraum einzuräumen.

StAR **Schröder** berichtet auf Anfrage des Ratsherrn **Wintermeyer**, dass bei der durchgeführten Halterumfrage rd. 800 Hundebesitzer angeschrieben wurden und die Abgabefrist am 30.09.2000 endete. Bislang konnte ein Rücklauf von ca. 80 % der Umfragebögen verzeichnet werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, den Entwurf der I. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Brakel vom 12.12.1997 als Satzung zu beschließen.

4. Neubesetzung der Einigungsstelle gem. § 67 Landespersonalvertretungsgesetz bei der Stadtverwaltung Brakel

Drucksache Nr.: 55

Berichterstatter: Bürgermeister

Seitens der Fraktionen erfolgt folgender einheitlicher Vorschlag zur Neubesetzung der Einigungsstelle mit Beisitzern der Arbeitgeberseite:

- Ratsherr Krömeke
- Ratsherr Gönnewicht
- Ratsherr Multhaupt

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig bei 2 Enthaltungen** vor, folgenden Beschluss zu fassen:

"Zum Vorsitzenden der nach § 67 LPVG NRW für die Stadtverwaltung Brakel neu zu besetzenden Einigungsstelle wird in Einvernahme mit dem Personalrat der Stadt Brakel die Direktorin des Amtsgerichts Brakel, Frau Bärbel Meerkötter, und der Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Paderborn, Herr Holger Kuhlmei, zum Stellvertreter bestellt.

Die Gesamtzahl der Beisitzer in der Einigungsstelle, die je zur Hälfte von der Arbeitgeber- bzw. von der Arbeitnehmerseite bestellt werden, wird ebenfalls in Einvernahme mit dem Personalrat auf 6 Beisitzer festgesetzt. Zu Beisitzern der Arbeitgeberseite werden der Bürgermeister, sein allgemeiner Vertreter im Amt und der Leiter des Hauptamtes sowie die Ratsmitglieder

1. Ratsherr Krömeke

2. Ratsherr Gönnewicht

3. Ratsherr Multhaupt

benannt. Die an der jeweiligen Sitzung der Einigungsstelle teilnehmenden Beisitzer der Arbeitgeberseite werden vom Rat der Stadt aus diesem Personenkreis zu der anberaumten Sitzung einberufen."

5. Wegeeinziehung im Stadtbezirk Bökendorf

Drucksache Nr.: 56

Berichterstatter: StOAR Temme

Nach einer kurzen Diskussionsrunde stellt Bürgermeister **Spieker** klar, dass bei diesem Wegeeinziehungsverfahren, das öffentliche Interesse an dem Grasweg nicht mehr gegeben ist. Eine Generalisierung solcher Maßnahmen ist nicht zu befürchten, da die einzelnen Bezirksausschüsse jeden einzelnen Fall separat zu beurteilen haben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Wegeeinziehungsverfahren nach den Bestimmungen des § 7 Straßen- und Wegegesetzes NRW für den Wirtschaftsweg in der Gemarkung Bökendorf, Flur 12, Flurstück 91/4, Vorm Bökerberge, in Größe von 607 qm wird zugestimmt, da dieser Weg keine Verkehrsbedeutung mehr hat.

Die bisherige öffentliche Verkehrsfläche wird nach Abschluss des Einziehungsverfahrens an die Interessentin und Eigentümerin des Nachbargrundstückes Flur 12, Flurstück 91/1, zum ortsüblichen Preis verkauft.

6. 5. Änderung des Rezesses in der Spezial-Separationssache von Istrup

Drucksache Nr.: 57

Berichterstatter: StOAR Temme

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rezess in der Spezial-Separationssache von Istrup vom 19.12.1873 wird durch Erlass der 5. Nachtragssatzung geändert, sofern gegen die Einziehung der Grundstücksflächen in der Gemarkung Istrup, Flur 2, Flurstück 313 und Flur 3, Flurstück 338, als Teil der im Rezess ausgewiesenen Wegeflächen Nr. 3 und 29 keine Ansprüche erhoben werden.

Des weiteren erfolgt eine vollständige Löschung der beiden vorgenannten Wege im Rezessverzeichnis von Istrup, da beide Wege, soweit nicht vorhanden, heute nicht mehr die Funktion eines Separationsinteressentenweges, sondern die Funktion einer Gemeindestraße erfüllen.

7. Bekanntgaben der Verwaltung

Berichterstatter: Bürgermeister

Einrichtung einer Kommunalen Gesundheits- u. Pflegekonferenz f. d. Kreis Höxter

Bürgermeister **Spieker** berichtet, dass für die Stadt Brakel Frau Ingrid Koch, Rudolphstr. 41, Brakel, und Herr Heinz-Peter Schneider, Mühlengasse 11, Brakel-Beller, als Seniorenvertreter in die Kommunale Gesundheits- und Pflegekonferenz als Vorschlagspersonen benannt wurden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

Spieker
(Bürgermeister)

Kröger
(Schriftführerin)